

# Sowjetunion hat größtes Spionagenetz

Fachleute schätzen: Über eine Million Agenten und Zuträger

Bonn (dpa). Die Sowjetunion verfüge über das dichteste Spionagenetz der Welt, erklärte der Informationsdienst der CDU/CSU am Sonnabend in Bonn. Fachleute schätzten, daß die Sowjetunion 12 000 leitende und hervorragend ausgebildete Agenten, 250 000 hauptberufliche Agenten und 750 000 Zuträger habe, um Nachrichten zu sammeln und Geheimnisse auszusponieren. Damit werde Chruschtschows gespielt. Entrüstung über den Abschluß des amerikanischen Flugzeuges völlig unglaublich.

Man nehme an, daß in der Bundesrepublik 16 000 Ostblock-

agenten tätig sind. Schweden habe seit Kriegsende 14 russische Diplomaten ausgewiesen. Die großen Spionagefälle der letzten zwanzig Jahre hätten eindeutig gezeigt, daß die Sowjets ihre Botschaften und Missionen in anderen Ländern bewußt unter Mißbrauch der diplomatischen Sonderrechte zu Zentralen der Spionage ausgebaut haben.

Die Warnung des Bundeskanzlers von 1954 gelte unvermindert und im übertragendem Sinne für alle freien Länder fort: „Wenn wir nicht aufpassen, dann könnte die Sowjetunion die Bundesrepublik wie eine reife Frucht pflücken.“

## Hoher Funktionär der Ost-CDU geflüchtet

Berlin (ap). Der Sekretär der CDU-Fraktion in der Volkskammer der Sowjetzone, Kalb, ist nach Informationen aus Ostberlin in der Nacht zum Dienstag mit seiner Familie nach Westberlin geflüchtet. Die Gründe für die Flucht Kalbs, der außerdem Volkskammerabgeordneter und Abteilungsleiter im Vorstand seiner Partei war, sind bisher nicht bekannt.

## Flade bleibt im Zuchthaus

Berlin (Eigenmeldung). Die Sowjetzonen-Behörden haben es erneut abgelehnt, den seit zehn Jahren im Zuchthaus sitzenden Oberschüler Hermann-Josef Flade zu begnadigen. Wie das Berliner „Petrusblatt“ am Mittwoch mitteilt, haben die Justizbehörden der Sowjetzone die Ablehnung des Gnadengesuchs damit begründet, „der Strafzweck“ sei „noch nicht erreicht“. Flade war 1950 in Olbernhau/Erzgebirge beim Kleben selbstgedruckter Flugblätter überrascht worden. Er ist inzwischen an schwerer Tuberkulose erkrankt.

Kräfte tätig seien, die alles tun, um Gegensätzlichkeiten aufzureißen.

Im Norddeutschen Rundfunk äußerte der CDU-Bundestagsabgeordnete Heck, Sicherheitspolitik und Verteidigungspolitik seien von der Außenpolitik nicht zu trennen. Die Sozialdemokraten müßten bedenken, daß sie mit ihren außenpolitischen Vorstellungen im großen und ganzen bisher allein dagestanden hätten.

## CDU: Keine verwaschene Außenpolitik

Bonn (dpa). Die CDU will in der außenpolitischen Debatte Bundestages am 30. Juni Möglichkeiten einer gemeinsamen Außenpolitik der großen Parteien ausführlich erörtern. Dies verlaute am Mittwoch in Bonn. Die von der SPD verlangte „Bestandsaufnahme“ kann nach Ansicht der CDU nicht bedeuten, daß der Bundeskanzler und die Regierungskoalition von ihrem außenpolitischen Kurs zugunsten einer „verwaschenen gemeinsamen Außenpolitik“ abgehen. Die CDU glaubt, daß Chruschtschow in Paris die Richtigkeit ihrer Außenpolitik bestätigt hat.

Zwei große Hindernisse sieht die CDU auf dem Wege zu einer gemeinsamen Außenpolitik:

1. bei allen Diskussionen hat es den Anschein, daß die SPD nach wie vor eine Ausrüstung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen ablehnt. Eine moderne Armee ohne diese Waffen sei, so sagen die christlichen Demokraten, aber sinnlos.

2. Die SPD beharre nach wie vor auf dem Disengagement. Das würde ein militärisches Vakuum in Mitteleuropa schaffen und könnte zu schweren Krisen für die Sicherheit der Bundesrepublik führen.

Kritik übe der stellvertretende SPD-Vorsitzende Wehner am Mittwoch an der ablehnenden Haltung Dr. Adenauers zu der SPD-Forderung nach einer gemeinsamen Außenpolitik. Nach den letzten Äußerungen von CDU-Politikern könne man fast den Eindruck gewinnen, als wenn im deutschen Volk

Jakob Kaiser:

## Es war der richtige Weg

Vor fünfzehn Jahren, am 26. Juni 1945, wurde in Berlin der Gründungs-Aufruf zu einer ganz neuen Partei, der Christlich-Demokratischen Union, veröffentlicht. Jakob Kaiser, der erste Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, gehörte zu ihren profilierten Gründern. Wie sich diese Parteigründung heute, nach fünfzehn Jahren Politik, darstellt und welche Perspektiven für die Zukunft sich eröffnen, das schildert Jakob Kaiser im folgenden Leit-Aufsatz.

Entstehung und Weg der Christlich-Demokratischen Union sind geprägt von dem Schicksal unseres Volkes, dem es seit 1933 verfallen ist. Um ihrer Aufgabe willen erscheint es an diesem 26. Juni — dem Tage der fünfzehnten Wiederkehr ihrer Gründung — gut, auf ihr Entstehen, das in Berlin begann, zurückzuschauen.

Die Bildung unserer politischen Gemeinschaft ist verbunden mit dem Erlebnis des Dritten Reiches. Der Wille der Widerstandskräfte gegen Hitler, das System hemmungslosen Machtwillens und skrupelloser Überheblichkeit zu überwinden und Deutschland einer Wiedergeburt entgegenzuführen, brachte die Erkenntnis mit sich, daß dieses Ziel nur mit Hilfe großer Partezusammenfassungen möglich sei. Ohne die Bedeutung des ersten Anrufes zu einer zusammenfassenden Parteibildung — wie er schon 1920 durch Adam Stegerwald in Essen erging — abschwächen zu wollen, muß gesagt werden, daß Geburtsort und Geburtsstunde der Christlich-Demokratischen Union in den Widerstandskreisen zu sehen sind, deren Persönlichkeiten — aus allen Richtungen Deutschlands kommend — sich immer wieder in Berlin zu Beratungen zusammengefunden hatten. Allen war dabei klar, daß die Zeit der kleinen Parteien vorüber sein mußte; denn es bestand kein Zweifel, daß die Vielheit

der Parteien der Weimarer Republik zum Verhängnis geworden war und daß sie die nationalsozialistische Machtergreifung erleichtert hatte. Diese Überzeugung bewegte insbesondere auch alle christlichen Widerstandskräfte — ob wir an Andreas Hermes; an Max Habermann, an Bernhard Letterhaus, an Nikolaus Groß, Josef Ersing, Heinrich Körner, Eugen Bolz oder Josef Wimmer denken, um nur einige Namen zu nennen. Keiner von ihnen dachte an die Wiederaufrichtung der Zentrumspartei. Die Erkenntnisse, die sie dabei bewegten, suchten sie schon Jahre vor dem Zusammenbruch in allen Gegenden Deutschlands zu wecken, wo immer sie Verbindungen mit Gleichgesinnten hatten.

Unnötig zu sagen, wie sehr sie alle dabei von dem Willen zur Sühne der nationalsozialistischen Verbrechen durch die Wiederaufrichtung eines der Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit, der Menschenwürde und der christlichen Kultur verpflichteten Staates bewegt waren.

Unerwähnt bleiben soll nicht, daß bei den Beratungen auch die Frage eine Rolle spielte, ob nicht eine Arbeiterpartei im umfassendsten Sinne des Wortes nach britischem Muster der Verarmung unseres Volkes und seiner sozialen Erneuerung am besten entsprechen würde. Voraussetzung dafür erschien uns allerdings die Überwindung des Sozialismus alter Prägung, wie sie sich im Widerstand hoffnungsvoll abgezeichnet hatte. Die Diskussion über die beiden Lösungsmöglichkeiten ging vor allem zwischen Andreas Hermes und Männern der Arbeiterschaft christlicher und sozialistischer Herkunft. Für Hermes erschien stets die große christliche Partei das erstrebenswerteste Ziel, wobei er stets die Wichtigkeit des Bauern- und Arbeiterstandes für diese Partei unterstrich.

Nun schwächte der 20. Juni mit seinen ihm folgenden zahllosen Hinrichtungen die Zuversicht in bezug auf den Erfolg einer großen Arbeiterpartei erheblich ab, so daß die Entscheidung für die politische Sammlung der christlichen Kräfte aller Konfessionen fiel. Das um so mehr, als wir an der Schaffung einer Einheitsbewegung

der Gewerkschaften festzuhalten entschlossen waren, ein Entschluß, der — wie sich in Berlin auch schon in den ersten Tagen nach dem Zusammenbruch erwies — einen starken Rückhalt für die nicht-sozialistische Arbeiterschaft verlangte. Der Verlauf dieser fünfzehn Nachkriegsjahre hat dieser Erkenntnis recht gegeben. Und das nicht nur in Berlin.

★

Im Mai 1945, unmittelbar nachdem sich die Gefängnis-Zuchthäuser und Verstecke die von der Hinrichtung durch Hitler Verschonten öffneten, bedurfte es bei den freigewordenen Männern und Frauen nicht mehr allzu vieler Beratungen über das, was für die zu schaffende Parteigemeinschaft zu tun war. Als der Befehl Nr. 2 der sowjetischen Besatzungsmacht den Weg für die Parteibildung freigab, war sich der durch Andreas Hermes zusammengeführte Kreis über das, was zu geschehen hatte, klar.

Wie notwendig die Entscheidung für eine christlich-demokratische Partei war — man hatte sich nach einiger Diskussion auf den Namen „Christlich-Demokratische Union“ geeinigt, — erwies sich schon am 11. Juni beim Erscheinen des Aufrufes der kommunistischen Partei und einigen Begleiterscheinungen beim ersten Zusammentreten dieser Partei. Und ebenso richtig erwies es sich nach Erlaß des von Grotewohl geführten Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Partei am 15. Juni, im wesentlichen die schon im 1933 von der Sozialdemokratie vertretenen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Auffassungen enthielt. Diesen Aufrufen war dann am 19. Juni schon die Vereinbarung einer Kommission der beiden letzteren Parteien gefolgt, die den „festen Willen“ zur „aufrichtigen Zusammenarbeit“ proklamierte.

Damit war für den christlich-demokratischen Kreis, der sich — repräsentiert durch die Persönlichkeiten, die den Aufruf unterzeichnet hatten — inzwischen schon eng zusammengefunden hatte, das Signal gegeben, am 26. Juni ihren Aufruf zur Sammlung aller politi-

Fortsetzung auf Seite 8

## Eisenhower rechnet mit Sowjets ab

„Kolonialistische Zwingerherren“ — Scharfe Rede in Manila

Manila (ap/upi). Präsident Eisenhower rechnete am Mittwoch in einer Rede vor dem philippinischen Kongreß scharf mit dem internationalen Kommunismus ab, den er für die Spannungen zwischen Ost und West verantwortlich machte. Er betonte, die Vereinigten Staaten müßten in Anbetracht des kommunistischen Druckes und der Drohungen mit Raketen militärisch stark bleiben. Gleichmäßig versicherte er, daß die USA selbst im Falle einer offenen Aggression treu zu ihren Verbündeten stünden.

Zu den jüngsten Angriffen des Ostblocks auf seine Person und auf die Vereinigten Staaten erklärte Eisenhower, den Kommunisten sei jedes Mittel recht, um die noch nicht in den kommunistischen Machtbereich ein-

bezogenen Völker einzuschüchtern. „Wer sind eigentlich die kolonialistischen Zwingerherren?“, rief Eisenhower aus. „Ich will es ihnen sagen. Seit 1945 haben 33 Länder, die unter westlicher Verwaltung standen, auf friedlichem Wege ihre Unabhängigkeit und Selbstbestimmung über ihre Geschicke erlangt. Im gleichen Zeitraum sind zwölf Länder im sowjetisch-chinesischen Einflußbereich gewaltsam ihrer Unabhängigkeit beraubt worden.“

Am Vormittag hatte Präsident Eisenhower politische Gespräche mit Staatspräsident Garcia geführt, bei denen die militärische Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten erörtert und die Möglichkeiten einer Verstärkung der philippinischen Verteidigung durch moderne Waffen geprüft wurden.

## Mit „Anzeigen“ lockt der SSD

Spionagepraktiken der Ostberliner Agentenzentrale

DT Berlin (Eigenbericht). Eine der beliebtesten Taktiken des Staatssicherheitsdienstes ist es, Personen, die in der Sowjetzone bereits politisch für den SSD gearbeitet haben, mit dem Auftrag: „Lassen Sie sich im Bundesnotaufnahmehager Marienfelde die Anerkennung als politischer Flüchtling geben“ in Marsch zu setzen. Zu diesem Zweck stellt die Fälscherzentrale des SSD Unterlagen her, aus denen hervorgeht, daß der „Flüchtling“ die Zone unter Gefährdung für Leib und Leben verlassen mußte. So kam vor einiger Zeit der 32jährige Gerhard L. nach Berlin-Marienfelde. Er hatte in Prenzlau für den Staatssicherheitsdienst gearbeitet und sollte nun seinen Wirkungsbereich in den Raum von Köln verlegen.

Der 27jährige Willy H. flüchtete im Mai 1958 aus der Zone und ließ sich in Lübeck nieder. Im November desselben Jahres wollte er in seine Heimat zurückkehren, wurde aber an der Grenze vom SSD verhaftet und nach dreimonatiger Schulung mit dem Auftrag zurückgeschickt, neun Lübecker Bürger zu beobachten. H. führte die Aufträge zur Zufriedenheit des

SSD aus, besuchte eine SED-Partei-schule und „flüchtete“ erneut nach Westberlin, wo er verhaftet wurde.

In einer Tageszeitung der Bundesrepublik war folgendes Stellengesuch enthalten: „25jähriger, gutaussehender Kellner in ungekündigter Stellung sucht sich zu verändern. Alle Führerscheine sind vorhanden“. Nach einiger Zeit bekam der Stellensuchende ein Angebot aus Ostberlin. Ein Vermittlungsbüro, das sich „Ruschkamp“ nannte und in Berlin-Oberschöneweide, Helmholtzstraße 44, ansässig war, bot ihm eine Stellung in einem Hotel an der Ostsee an. Er sollte gegen Erstattung der Reisekosten nach Ostberlin kommen. Hier wurde er vom Leiter des Vermittlungsbüros empfangen, der ihn sofort mit einem SSD-Mitarbeiter zusammenbrachte. Dieser sprach nicht mehr von einer Stellung in einem Strandhotel, sondern hatte einen konkreten Spionageauftrag für den Kellner: „Fahren Sie zurück, arbeiten Sie in Westdeutschland für uns, und berichten Sie über alle militärischen Vorbereitungen. Sie werden sich nicht schlecht stehen dabei.“ Der Kellner tat je-

doch, das einzig Richtige und verständigte die Behörden in der Bundesrepublik von dem Ansinnen.

Ein 32jähriger Journalist fand in einer Hamburger Tageszeitung eine Anzeige aus Ostberlin. Ein „Interpress“ suchte Mitarbeiter. Man verlangte von ihm zunächst als Stillprobe einen ausführlichen Bericht über den Stadtstaat Bremen und schrieb zu diesem Auftrag: „Uns interessieren vor allem die politischen Verhältnisse.“ Der Journalist schrieb den Bericht und brachte ihn selbst nach Ostberlin. Dort erhielt er einen neuen Auftrag, er sollte Dienstvorschriften der Bundesmarine besorgen. Das Büro „Interpress“ stellte sich nach kurzer Untersuchung als eine Tarnorganisation des Staatssicherheitsdienstes heraus.

Während der Leipziger Messe unterhält der Staatssicherheitsdienst einen besonderen Einsatzstab, der seine Mitarbeiter auf alle Meldestellen und Messeämter verteilt. Sie prüfen die Unterlagen der ausländischen und westdeutschen Messegäste und geben Hinweise an die verschiedenen Fachabteilungen der Hauptverwaltung Aufklärung. Während der sogenannten gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz setzt die gleiche Stelle Hunderte von Mitarbeitern ein, die mit Gewerkschaften aus der Bundesrepublik Verbindung aufnehmen und nachrichtendienstliche Kontakte herstellen sollen. Zu diesem Zweck unterhält der SSD in Leipzig auch ein Netz von illegalen Nachrichtenablagen, die man tote Briefkästen nennt. Sie werden von besonderen Kurieren geleert.

## „Brot für die Welt“

Über 19 Millionen DM hat die Aktion „Brot für die Welt“, die von den evangelischen Landes- und Freikirchen veranstaltet wurde, bisher erbracht, wie der Verteilungsausschuß der Aktion bekanntgab. Zusammen mit den rund 2,8 Millionen DM, die außerdem im letzten Rechnungsjahr für das ökumenische Notprogramm gesammelt wurden, beträgt die Summe der von den evangelischen Kirchen Deutschlands für Notstände außerhalb der deutschen Grenzen aufgebracht Mittel also rund 22 Millionen DM.

Sie gaben ihr Leben für die Freiheit

# Die Opfer des 17. Juni 1953

Von den roten Machthabern erschossen oder ins Zuchthaus geworfen

**DT. Berlin (Eigenbericht).** Noch heute weiß man nicht genau, wie hoch der Blutzoll war, den das deutsche Volk vor sieben Jahren beim Aufstand gegen die Zonenmachthaber entrichtete. Aus Augenzeugenberichten, sowjetzonalen Gerichtsprotokollen und den inzwischen veröffentlichten Geheimakten des Ostberliner Staatssicherheits-Ministeriums geht jedoch hervor:

● Allein in der Woche vom 17. bis 26. Juni wurden mindestens 22 Menschen getötet oder standrechtlich erschossen, darunter zwei unbeteiligte Zivilpersonen.

● Mindestens 378 Personen, unter ihnen 61 Passanten, wurden — zum Teil schwer — verwundet.

● Gegen etwa 1240 Menschen verhängte die Pankower Terrorjustiz lebenslängliche oder langjährige Freiheitsstrafen. Von ihnen befinden sich heute noch immer 120 in sowjetzonaler Haft.

Die genaue Zahl der Opfer des 17. Juni ist wahrscheinlich viel höher. Aber ein waffentrotzender Kordon von Sowjetpanzern und Volksarmisten verwandelte die Schauplätze des mitteldeutschen Freiheitskampfes binnen weniger Tage in Friedhöfe des Schweigens, und so sind wir auf die spärlichen Angaben aus offizieller Quelle angewiesen.

Am 17. Juni, Punkt 13 Uhr, verhängt der sowjetische Stadtkommandant Generalmajor Dibrowa den Ausnahmezustand in Ostberlin. Schon wenige Stunden später knattern in den Straßen Maschinenpistolen des Erschießungskommandos. Eines ihrer ersten Opfer ist der Westberliner Willi Götting.

Am Abend des 17. Juni hat der Aufstand auch auf Leipzig, Chemnitz, Frankfurt, Magdeburg und andere mitteldeutsche Industriestädte Übergreifen; die sowjetischen Stadtkommandanten übernehmen im Schutz starker Panzerverbände die Regierungsgewalt und verhängen das Kriegsrecht.

In Leipzig werden die Brüder Klaus und Werner Hempel von einem sowjetischen Rollkommando erschossen. Der Dresdner Arbeiter Günter Kuhn endet unter den Ketten eines russischen Schützenpanzers.

Schnellgerichte der Zone vollenden das blutige Werk und fertigen in Tag- und Nacht-

Todesstrafe für die Minderjährigen Reimelt und Siebermann.

7. Juli: Acht Jahre Zuchthaus für den Kellner Ernst Thiesis.

Halle, 12. Juli: Acht bzw. drei Jahre Zuchthaus für die Großbauern A. Günter und W. Hülse aus Milzau (Kreis Merseburg).

Magdeburg, 18. Juli: Zwölf Jahre Zuchthaus für den I. ern Michael.

Dresden, 21. Juli: Lebenslänglich Zuchthaus für den Fotografen Lothar Markwirth aus Niesky.

24. August: Lebenslänglich Zuchthaus für Gerhard Böhm.

Chemnitz, 29. September: Todesurteil für den angeblichen „amerikanischen Provokateur“ Werner Hoffmann. Lebenslänglich Zuchthaus für Helmut Scheuner, Lothar Pfeifer und Ulrich Kirmse.

Jena: Lebenslänglich Zuchthaus für den Molkereibesitzer Kurt Unbehauen und den 22jährigen Straßenbahnführer Wolfgang Holland.

Während die Justizmaschine auf vollen Touren läuft, während die Frauen vor den noch frischen Gräbern ihrer Männer und Söhne stehen, bedankt sich der Ostberliner SED-Oberbürgermeister Ebert in bewegten Worten bei den Soldaten der Roten Armee.



Ehrenmal für die Opfer auf dem Friedhof Seestr.

arbeit bis weit in die Monate August/September hinein Todes- und Zuchthausurteile aus.

Berlin, 27. Juni: Je 15 Jahre Zuchthaus als umgewandelte

## Germanus Theiss gestorben

Berlin. Das langjährige Mitglied des Hauptvorstandes der Exil-CDU, Germanus Theiss, ist vor kurzem gestorben. Theiss, im Jahre 1898 in Döbern/Niederlausitz geboren, war bereits vor 1933 Landtagsabgeordneter des Zentrums. Unmittelbar nach Kriegsende 1945 stellte er sich für den Wiederaufbau zur Verfügung und versuchte als Kreistags- und Landtagsabgeordneter in unerschrockener Standfestigkeit gegenüber den Sowjets seine Grundsätze eines Rechtsstaates zu verwirklichen. Im Jahre 1950 blieb ihm nur noch die Flucht nach Berlin.

# Dem Menschen helfen

Gespräch der Stuttgarter Gemeinschaft „Arzt und Seelsorger“ in Berlin

Berlin, B. C. (Eigenbericht). Die rund 1000 Mitglieder zählende Stuttgarter Gemeinschaft „Arzt und Seelsorger“, die in ihrem Wirken längst aus ihrer württembergischen Isoliertheit herausgewachsen ist, führte ein fünftägiges inter fakultatives Gespräch in der Berliner Kongreßhalle. Ärzte, Seelsorger, Pädagogen, Soziologen und Strafrechtler versuchten, aus tiefenpsychologischer Orientierung über dem Generalthema „Zur Rettung des Menschlichen“ auf dem Wege zu einer religiösen Erneuerung eben unter der Berücksichtigung der tiefenpsychologischen Anthropologie Möglichkeiten aufzuzeigen, um der zunehmenden Entpersönlichung des Menschen im Industrie-Zeitalter wirksam zu begegnen.

Aus vielfältiger Sicht, hinführend zum Generalthema „Zur Rettung des Menschlichen“, wurde in 16 Grundsatz- und Fachreferaten nicht nur ein zeitanalytisches Mosaik erstellt; vielmehr wurden Wege herausgearbeitet, die aus der Zeitnot herausführen, um besonders den von innen gefährdeten Menschen zu helfen.

Den einzelnen und die Gemeinschaft aus der Sicht der analytischen Psychologie Jungescher Prägung beleuchtete der Stuttgarter Psychotherapeut Dr. Eschenbach. Die Grundsituation ist, so sagte Eschenbach, eine dem Menschen fehlende Harmonie mit sich und der Umwelt. Die Lösung liegt in der Überwindung der Spaltung von innen und von außen. Der Mensch muß lernen, sich wieder hin zu orientieren auf die seelischen Bereiche, in denen er wurzelt, um das eigentlich Religiöse wieder zu erleben, um aber auch das Böse in sich zu erkennen und durch deren Erfahrung seiner Herr zu werden und zur charakterlichen Ausweitung zu gelangen.

Die Seelsorge, so sagte Professor D. Goldbrunner (Berlin), rufe den Menschen, der sich als Person diesem Ruf stellen soll. Neben Elternhaus, Kirche und Schule erlangt das Arbeitsmilieu eine immer stärkere er-

zieherische Bedeutung. Den Betrieben obliegt hier eine besondere Verantwortung. In welchem Maße psychogene Erkrankungen dem jeweiligen Betriebsklima entsprechen, darüber gab der Stuttgarter Psychotherapeut Dr. Lehmann abschlußreich Auskunft.

In der anschließenden Diskussion stellte Professor Rudin die Jungesche Lehre, die im Verlauf der Tagung mehr und mehr an die Theologie heranrückte, wieder an ihren Platz. Jung, so sagte er, lehrt keine Selbsterlösung; ihm als Arzt geht es um keinen transzendenten, sondern immanenten Gott, der sich in Mythen und Träumen einigermaßen offenbart. Geschieht es, daß der Mensch in seinem Innern sich nicht verschließt, fuhr

Rudin fort, kann Gott eher wirken — er vermag es aber auch, wäre der Mensch „ein Stein“. Damit fand die zuvor wiederholt aufgetauchte Frage nach der christlichen Gnade ihre Beantwortung.

Viele Probleme noch wurden aufgegriffen und Wege zu ihrer Bewältigung aufgezeigt. Wie aber, so fragte man wiederholt aus dem Auditorium sorgenvoll, können diese für die Menschen im kommunistischen Osten verwirklicht werden, wo auf allen Gebieten weithin die primitivsten Rechte der Freiheit mißachtet werden? Die einzige Antwort zur Zeit ist vielleicht nur die: diese brennenden Fragen immer und immer wieder vernehmbar zu machen.

Ulrich Schoe

## Freiheit ist Pflicht, nicht Vorrecht

250 Repräsentanten des Geisteslebens in der Kongreßhalle

Berlin (Eigenbericht). Mit einer Festveranstaltung in der Berliner Kongreßhalle begann am Donnerstag die internationale Tagung des „Kongresses für kulturelle Freiheit“. Mehr als 250 Repräsentanten der geistigen Elite aus aller Welt nahmen daran teil. In den Reihen der Prominenz befanden sich unter anderem Altbundespräsident Professor Heuss, der Vizepräsident des Bundestages Professor Carlo Schmid, der Berliner Regierende Bürgermeister Brandt, der amerikanische Atomforscher Robert Oppenheimer und der italienische Schriftsteller Ignazio Silone.

„Das Band, das uns eint“, so sagte Silone, der den Vorsitz der Tagung führt, „ist weder ideologischer noch parteipolitischer Natur, es ist nicht die Gemeinschaft einer Klasse und auch nicht die einer Kaste“. Die Freiheit dürfe heute keineswegs mehr als Vorrecht weniger beansprucht werden. Offensichtlich sei keine freie geistige Tätigkeit mehr möglich in einer Gesellschaft, die im übrigen ohne Freiheit und besonders ohne politische Freiheit lebe. „Das Schweigen, das einem Künstler oder einem Wissenschaftler auferlegt wird, ist ein Verlust und eine Strafe für die Gesellschaft insgesamt“, so führte Silone weiter aus. „Wir sind deshalb als Kulturmenschen wie als Künstler daran interessiert, die Grundbedingungen der Freiheit

für alle zu verteidigen. Wir sind auch überzeugt, daß die beste Verteidigung der Demokratie in der Treue zu den demokratischen Methoden besteht.“ Für den Künstler sei Freiheit eine Pflicht. Sie nicht zu erfüllen, hieße „uns selbst in der Gesellschaft zu verraten“.

Silone wies schließlich auf den starken Widerhall hin, den der Kongreß bei den Intellektuellen in Asien und Afrika, bei Völkern gefunden habe, die erst vor kurzem ihre Selbständigkeit erlangen hätten. Aber auch in einigen Ländern unter kommunistischer Diktatur habe sich das Erwachen der intellektuellen sichtbar vollzogen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2

## Haftbefehl gegen SSD-Spitzel

Eine Sekretärin des Westberliner Innensenators wollte der 32 Jahre alte Horst Voleska aus Ostberlin im Auftrage des kommunistischen Staatssicherheitsdienstes bespitzeln. Er konnte jetzt von der Polizei festgenommen werden. Der Vernehmungsrichter erließ Haftbefehl. Voleska hatte sich im

Hause der Senatssekretärin bei den Mietern nach den privaten Verhältnissen der Frau erkundigt, um sie erpressen zu können. Die Mieter schöpften Verdacht und informierten die Polizei. Tagelang beschatteten Kriminalbeamte den Agenten. Jetzt konnte die Polizei zugreifen. Der Spitzel hatte in Westberlin als Vertreter gearbeitet.

Jakob Kaiser:

## Es war der richtige Weg

Fortsetzung von Seite 2

schen Kräfte zu erlassen, die sich zu „christlich-demokratischer und sozialer Haltung“ und zur Bedeutung der kultur-gestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums bekannten.

★

Es war für alle, die an der Vorbereitung des christlich-demokratischen Zusammenschlusses mitgewirkt hatten, ein unvergeßliches Erlebnis, wie sich politische Kräfte christlich-sozialer, konservativer und liberaler Haltung zusammenfanden, aufs tiefste bewegt von dem Willen, gemeinsam die Meisterung des deutschen Schicksals zu versuchen. Es würde in diesem Zusammenhang zu weit führen, alle Persönlichkeiten zu nennen, die sich für die Sammlung einsetzten. Erwähnt werden muß aber, daß es Ernst Lemmer war, der — ebenfalls seit langem von der Erkenntnis der Notwendigkeit der großen Partei-Zusammenfassung bewegt — unsere Parteigemeinschaft namhafte Persönlichkeiten der früheren Demokratischen Partei zu führte. Wir brauchen nur an Ferdinand Friedensburg und Walther Schreiber zu denken.

Jeder, der sich zur Gemeinschaft der Gründer der Christlich-Demokratischen Union in Berlin rechnen darf, war sich schon in den Tagen der Bildung der Gemeinschaft klargeworden, daß die neue Partei vor einer schweren Aufgabe stand, denn keine Stadt hatte das Verhängnis, das Hitler über Deutschland gebracht

hatte, so aufwühlend erlebt wie die Hauptstadt Berlin. Noch aber stand es nicht in unserem Bewußtsein, wie unerbittlich Wille und Plan der sowjetischen Besatzungsmacht war, unser Land zu teilen und Berlin seiner Funktionen als deutsche Hauptstadt zu berauben. Wir wollen deshalb auch unsere Überzeugung nicht verschweigen, daß von der politischen Initiative unserer neugeschaffenen Parteigemeinschaft in Berlin entscheidende und die Einheit unseres Landes bewahrende Kraft ausgehen würde.

★

Wir hatten ja erlebt, wie sich in rascher Folge Tausende und aber Tausende aus der sowjetisch besetzten Zone in der Christlich-Demokratischen Union zusammenschlossen in der Hoffnung, über die politische Arbeit der Partei zu festem Zusammenhalt mit dem übrigen Deutschland zu kommen.

Aber schon der erste Versuch im Dezember 1945, die politische Verbindung mit Gleichgesinnten im Westen herzustellen, bewies die Unerbittlichkeit der sowjetischen Willens, die deutsche Einheit zu zerstören. Die Wagen für die verantwortlichen Kräfte unserer Partei standen in der Schlüterstraße bereit, um sie nach Godesberg zu bringen. Dort sollte die erste Verständigung mit den anderen Kräften der Union über den Weg der Politik des Wiederaufbaues erfolgen. Aber die sowjetische Besatzungsmacht hielt trotz langem nächtlichem Gespräch von Andreas Hermes und mir mit Marshall Schukow in Karls-

## 8000 beim Kirchentag Kurmark

Berlin (ap/dpa). Gegen jede politische Beeinflussung und den Mißbrauch der Kirche für politische und staatliche Ziele hat sich der Potsdamer General-superintendent D. Walter Braun auf der Hauptversammlung des diesjährigen Kurmärkischen Kirchentages in Potsdam ausgesprochen. Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche in der Sowjetzone nannte Braun „noch immer nicht befriedigend“, zumal die Sowjetzonenregierung „mangelnde Kontaktbereitschaft“ zeige.

Wie Braun weiter mitteilte, zeigt sich ein erfreuliches Anwachsen der Bereitschaft von Teilnehmern an der Jugendweihe, nachträglich noch an der Konfirmation teilzunehmen und ihren Glauben unter Beweis zu stellen. Mit Sorge müsse dagegen der Pfarrermangel betrachtet werden. Von rund 1000 Pfarrstellen in Brandenburg seien etwa 200 nicht besetzt.

An dem Kirchentag haben in diesem Jahr über 8000 Menschen teilgenommen, das sind wesentlich mehr als in den vergangenen Jahren. Der Bischof von Berlin Brandenburg, D. Dr. Dibellius, erhielt wiederum keine Einreiseerlaubnis.

horst die Grenzen ihres Machtbereiches für uns geschlossen.

Den Kreuzweg der deutschen Politik, der sich damit schon andeutete, weiterzuverfolgen kann nicht Aufgabe dieser sinnen auf die Anfänge der Christlich-Demokratischen

Union sein. Nur eines soll noch gesagt werden: Die Kraft und der Wille, die in der Partei-Zusammenfassung zum Ausdruck kamen, haben sich in den fünfzehn Jahren deutscher Politik in unserem gewaltsam geteilten Lande bewährt. Aber die größte Bewährungsprobe liegt noch vor uns. Nach dem Bestehen dieser Bewährungsprobe wird unsere politische Gemeinschaft vor der Geschichte einmal ihre Beurteilung finden: Ihr Werk muß es sein, die Einheit unseres Landes wieder erstehen zu lassen.

## Jakob Kaiser: An diesem 17. Juni

Es gibt keinen Zweifel, daß in allen Kreisen unseres Volkes das Verlangen immer größer wird, in wachsender Gemeinsamkeit das Bekenntnis zur Zusammengehörigkeit unseres Volkes, das Verlangen nach Wiederherstellung seiner Einheit vor der Welt zum Ausdruck zu bringen. Wie notwendig das war und ist, war jenen stets klar, die nach den Tagen des Zusammenbruchs 1945 in Berlin und in der Zone die sowjetische Politik mit ihren unverkennbaren Zielen erlebten, das deutsche Volk zunächst zu spalten und schon einmal Berlin und die Zone zu bolschewisieren. Der Versuch, diese Ziele durch eine zwar verständigungsbereite, aber zur Abwehr der Bolschewisierung entschlossene Politik zu vereiteln, konnte leider nicht erfolgreich sein. Es bleibt dabei eine bis auf weiteres offene Frage an die Geschichte, ob die deutsche Politik in Berlin und der Zone erfolgreicher hätte sein können, wenn sich die Grotewohle und Genossen nicht in den Dienst des Kommunismus gestellt hätten und wenn die gesamte westdeutsche Politik aktiver und geschlossen Bestand für die in Berlin und der Zone um die Einheit unseres Landes und die Verhinderung der Bolschewisierung bemühte Politik geleistet hätte. Auf jeden Fall wäre die politische Front den Kommunisten gegenüber vor allem Welt um ein Erhebliches verstärkt worden. Jedem verantwortungsbewußten Deutschen mußte ja klarwerden, daß es bei dem Geschehen in Berlin und der Zone um das Schicksal Gesamtdeutschlands und darüber hinaus zum mindesten auch um das Schicksal Europas ging.

Es bleibt das Verdienst der Bauarbeiter aus der Stalinallee, die am 16. Juni 1953 in Ostberlin ihre Arbeit niederlegten und in einer lawinenartig anwachsenden Demonstration ungeachtet aller Gefahren vor den Amtssitz der Pankower Regierung zogen, für das Verantwortungsbewußtsein unseres Volkes und der Welt ein Signal gegeben zu haben. Der Aufstand vom 17. Juni mit seinem

Ruf nach Einheit und Freiheit, den sie entfachten, die blutigen Opfer, die sie unter dem Feuer der sowjetischen Panzer bringen mußten, waren eine unüberhörbare Mahnung für alle Deutschen und die Welt, die Aufmerksamkeit auf die Unhaltbarkeit und Gefahr des deutschen Schicksals zu richten.

Unter dem aufwühlenden Erlebnis des 17. Juni stehend, riefen wir 1954 zur Bildung des „Unteilbaren Deutschland“ auf. Es war der damalige Bundespräsident Theodor Heuss, der mir auf meine Vorstellungen, daß es zu einer Volksbewegung für die Einheit und Freiheit unseres Landes kommen müsse, mit dem Kennwort „Unteilbares Deutschland“ antwortete. Es war ein Kennwort, das dem tiefen Verantwortungsbewußtsein der deutschen Bedrängnis gegenüber und der Erkenntnis entsprang, daß dieser Notstand nur durch geschlossenes Zusammenstehen des Volkes überwunden werden kann.

Das Bekenntnis zum unteilbaren Deutschland, geädelt und vertieft durch die Opfer des 17. Juni 1953, erfüllt heute stärker denn je unser Volk. Wir, die ältere Generation, können nur mit Dankbarkeit erkennen und anerkennen, daß die Jugend in der Bundesrepublik und — wer immer Verbindung mit der Zone hat, wird es feststellen müssen — auch die Jugend der Zone in dem Willen zum unteilbaren Deutschland an erster Stelle steht. Die befristeten Diener des Kommunismus, seine Funktionäre, werden sich darüber keiner Täuschung hingeben.

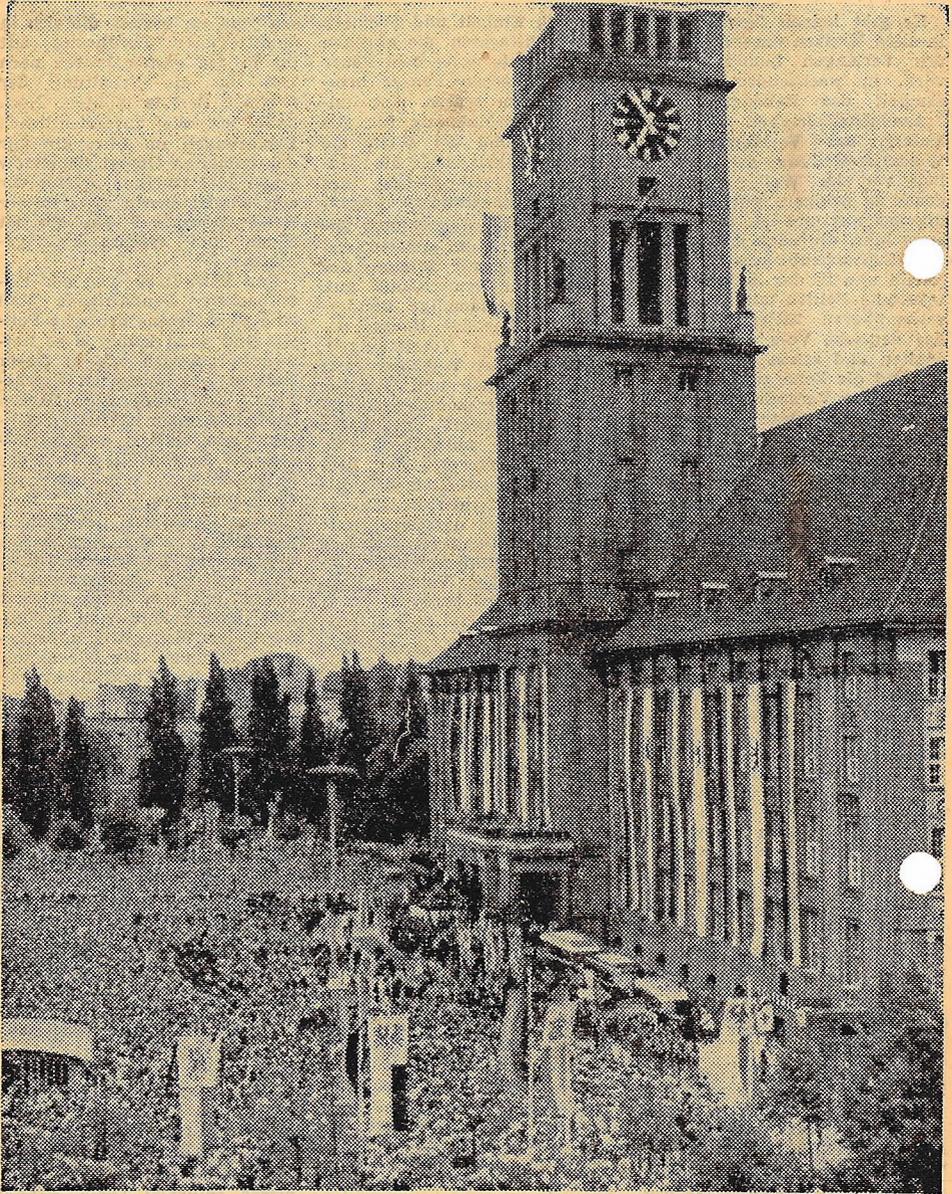
Wahrscheinlich liegt auch hier der stärkste Grund für die immer neuen Versuche, das Schicksal des freien Berlins in die Hand zu bekommen, um die Quellen zu verstopfen, von denen für das gesamte Deutschland — nicht zuletzt auch für die Zone — das Wissen um die Unteilbarkeit Deutschlands und die Ermutigung im Streben nach der Verwirklichung der Wiedervereinigung ausgeht.

Wie sehr sich die sowjetische Politik gerade dieser Bedeutung Berlins bewußt ist, wis-

sen jene am besten, die sich in unmittelbarer Berührung mit ihr in den ersten Jahren nach 1945 um die Erhaltung der Freiheit Berlins mühten. Noch habe ich die zuversichtlichen Erklärungen im Ohr, die mir der damalige Oberst Tulpanow schon 1947 machte: „Wenn wir erst einmal Berlin ganz in der Hand haben...“ Deshalb ist Härte und Wachsamkeit geboten.

Das Bewußtsein von der Unteilbarkeit Deutschlands und eine geschlossene deutsche Politik sind wohl kaum je so notwendig gewesen wie in dieser Periode weltpolitischen Geschehens. Die verzeitelte Pariser Gipfelkonferenz hat eine politische Atmosphäre zurückgelassen, die noch erfüllt ist von den unberrschten Drohungen Chruschtschows. Und noch immer schweigen die Drohungen nicht, die sich von Moskau aus an den Westen, vor allem aber an die Bundesrepublik, richten mit dem offensichtlichen Ziel, Deutschland zum Störenfried der Weltpolitik zu stempeln. Für uns, die wir einmal in politischer Tuchfühlung mit den Russen standen, gilt dabei dasselbe Gesetz, unter das wir in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch unsere Politik gestellt hatten: Wir werden uns ebenso unerbittlich um die Einheit unseres Landes zu mühen, ebenso hart vor die Freiheit unseres Volkes zu stellen haben, wie wir verständigungsbereit bleiben, wenn die andere Seite bereit ist, die Einheit und Freiheit Deutschlands mit Berlin als seiner Hauptstadt zu achten.

Es dürfte nach den Geschehnissen der letzten fünfzehn Jahre, insbesondere aber nach der nicht stattgefundenen Pariser Gipfelkonferenz, nicht allzu schwerfallen, in diesem Geiste das deutsche Volk in allen seinen Schichten und Parteien in seinem lebensentscheidenden Anliegen und in der Politik um dieses Anliegen enger zusammenzuführen, als das bisher erreicht wurde. Die Möglichkeiten dafür zu prüfen und Mittel und Wege dazu zu finden, erscheint mir als der zwingendste Sinn des Tages der Einheit 1960.



Über 80 000 waren bei der Berliner Kundgebung am 17. Juni